

## PKW-Maut und die SPD

Der Deutsche Bundestag hat letzte Woche über den Gesetzentwurf zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen abgestimmt. Diese "PKW-Maut" ist kein Kernanliegen der SPD - mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages haben sich die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion jedoch verpflichtet, dem Gesetz zuzustimmen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Der Druck von SPD-Politikerinnen und Politiker hat dafür gesorgt, dass Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bereits im Vorfeld des Kabinettsbeschlusses im Dezember 2014 gravierende Änderungen an ihrem Konzept vornehmen mussten: Die Maut für im Ausland zugelassene PKW wird nicht mehr auf allen Straßen, sondern nur noch auf Bundesautobahnen erhoben. So kann der kleine Grenzverkehr in den meisten Regionen über Bundesstraßen und dem nachgeordneten Straßennetz weitgehend ungehindert stattfinden. Wir konnten weitere Änderungen in einem 36 seitigen Antrag festschreiben. So sind Bedenken der EU Kommission aufgenommen worden, der Datenschutz verbessert und klare Festlegungen getroffen worden, das das der Erhalt, also z.B. Beseitigen von Schlaglöchern auf unseren Straßen, vor Neubau geht.

Ich habe trotz großer Bedenken den vorliegenden Gesetzentwürfen zugestimmt, weil die SPD-Bundestagsfraktion in den parlamentarischen Beratungen ein verkehrspolitisches Gesamtpaket verhandelt hat, das sozialdemokratische Kernforderungen in die Tat umsetzt. Dabei hat die SPD-Bundestagsfraktion auch dafür gesorgt, dass die Auswirkungen zwei Jahre nach der Einführung der Pkw Maut evaluiert werden.

Nur eine PKW-Maut, die die vom Verkehrsministerium erwarteten Mehreinnahmen zum Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur einbringt, kann über das Jahr 2018 Bestand haben.